

#### Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

der Mindestlohn kommt und zwar pünktlich. Andrea Nahles hat in einem bemerkenswerten Tempo gearbeitet und damit bereits das zweite wichtige Projekt ihres Ministeriums auf den Weg gebracht. Das neue ElterngeldPLUS aus dem Haus von Manuela Schwesig wird Familien mehr Zeit geben und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen ermöglichen. Auch die Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen, für die sich Manuela Schwesig gemeinsam mit Heiko Maas einsetzt, trägt zur sozialdemokratischen Handschrift der Regierungsarbeit bei. Gegen steigende Mieten haben Heiko Maas und Barbara Hendricks einen Gesetzentwurf vorgelegt, und Sigmar Gabriel treibt die Energiewende voran. Schon vor Abschluss der ersten 100 Regierungstage wird deutlich: Die neue Regierung wird maßgeblich von der Politik unserer SPD-Minister getragen.

Der Equal-Pay-Day hat uns wieder einmal darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Gleichstellung noch viel zu tun ist. Bis zum 21. März müssten Frauen arbeiten, um das Vorjahresgehalt der

Männer zu erzielen. In Baden-Württemberg müssten wir sogar noch zwei weitere Wochen dazu rechnen. Hier beträgt der Unterschied bei der Bezahlung von Frauen und Männern noch einmal fünf Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt.

Letzte Woche war auch der Welt-Tuberkulose-Tag. Es ist erschreckend, dass die Anzahl an Tuberkuloseerkrankungen in ganz Europa ansteigt und diese Krankheit auch nach Deutschland zurückgekehrt ist.

In der kommenden sitzungsfreien Woche freue ich mich auf den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern in meinem Wahlkreis, zum Beispiel bei der Bürgersprechstunde am Dienstag in meinem Bürgerbüro.

Ihre/Eure



### Pflegereform nimmt Gestalt an

Die Reform der Pflegeversicherung nimmt nun Gestalt an. In zwei Reformschritten werden wir sie auf den Weg bringen. Zum einen sollen erste Maßnahmen zur Verbesserung der Leistung und zusätzlichen Betreuung bereits zum 1.1.2015 in Kraft treten, zeitgleich mit der Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,3%. Zum anderen soll der längst fällige, neue Pflegebedürftigkeitsbegriff auf der Grundlage der Emp-



Bild: SPD-Landesverband Baden-Württemberg

fehlungen des Expertenbeirates auf den Weg gebracht werden. Im April wird zunächst die Testphase starten, in der die Umsetzung des neuen Begutachtungssystems in Modellregionen erprobt wird. Der Gesetzgebungsprozess wird dann im kommenden Jahr beginnen. Mit diesem Vorgehen wollen wir sicherstellen, dass einerseits konkrete Leistungsverbesserungen schnell bei den Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und Pflegekräften ankommen und andererseits das neue Begutachtungssystem zur Pflegebedürftigkeit sorgfältig in der Praxis getestet wird.

Für den ersten Schritt der Reform stehen ab 1.1.2015 rund 2,4 Milliarden zusätzlicher Mittel aus der Beitragserhöhung zur Verfügung. Hiermit sollen beispielsweise auf der Grundlage eines neuen Betreuungsschlüssels von 1:20 mehr Betreuungskräfte im stationären Bereich eingestellt werden. Dies wird zu mehr Zeit für Menschen mit Demenz führen.

Um die Angehörigen zu stärken, werden wir die bereits heute bestehende 10tägige Auszeit zur Organisation einer neuen Pflegesituation in der Familie künftig mit Lohnersatzleistungen vergüten. Mit der Einführung von flexiblen Budgets sollen Leistungen aus der Kurzzeit- und Verhinderungspflege besser aufeinander abgestimmt und individueller kombiniert werden können. Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds sowie die Anschubfinanzierung für ambulant betreute Wohnformen wollen wir stärker ausbauen. Außerdem wird die Dynamisierung der Leistungsbeträge endlich umgesetzt.



Bild: SPD-Landesverband Baden-Württemberg

### Mindestlohn kommt pünktlich

#### Ab 2015 gilt der Mindestlohn von 8,50 Euro für alle ab 18 Jahren

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat diese Woche den Gesetzentwurf zum Mindestlohn ins Kabinett eingebracht. Damit wird ein zentrales Projekt der SPD noch innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung umgesetzt.



Bild: SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Im Koalitionsvertrag hatten wir den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro vereinbart. Dieser gilt für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Rund vier Millionen Beschäftigte werden dadurch unmittelbar profitieren. Eine Kommission der Tarifpartner, sprich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, überprüft von 2018 an in regelmäßigen Abständen die Höhe des Mindestlohns und passt ihn gegebenenfalls an. Hier wird deutlich, dass das Gesetz die Tarifpartnerschaft stärkt und einen politischen Mindestlohn ausschließt.

Da der Mindestlohn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt, fallen Ehrenamtliche naturgemäß nicht unter die Regelung. Ebenso bleiben Auszubildende sowie Praktikanten in Orientierungsoder Pflichtpraktika von der Regelung
ausgenommen. Der Mindestlohn soll
Jugendlichen keinen Anreiz geben, ihre
Ausbildung aufzugeben, um zu jobben.
Deshalb gilt der Mindestlohn nur für
Volljährige. Auch Menschen, die lange
Zeit erwerbslos waren, fallen in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung zunächst nicht unter die Regelungen des Mindestlohns. Niemandem
soll die Chance verbaut werden, nach
langer Erwerbslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Neben dem Mindestlohn sieht das Tarifpaket auch eine Stärkung der Allgemein-



Bild: SPD-Landesverband Baden-Württemberg

verbindlicherklärung vor. Diese ermöglicht eine breitere Geltung von Tarifverträgen. Mit der Erweiterung des Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes wird mehr Sicherheit im internationalen Wettbewerb geschaffen. Davon profitieren auch Unternehmen durch mehr Fairness im Wettbewerb. Das Tarifpaket dämmt Lohn-

dumping insgesamt spürbar ein und stärkt die Tarifautonomie.

Die derzeitige Planung sieht vor, dass das Gesetzgebungsverfahren nach der Sommerpause beendet ist und das Gesetz zum 1. Januar in Kraft tritt.

Die Bundesarbeitsministerin hat damit

nach dem Rentenpaket bereits das zweite richtungsweisende Projekt innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung umgesetzt. Die SPD ist der Motor dieser Regierung, sozialdemokratische Politik kommt bei den Menschen an.

# Solidarisch & demografiefest die Bürgerversicherung

DGB Diskussionsforum zum Thema "Bürgerversicherung wie weiter?" auf dem Kongress "Armut und Gesundheit"

Im Rahmen des diesjährigen Kongresses "Armut und Gesundheit" in Berlin habe ich das Konzept der SPD-Bundestagsfraktion zur Zukunft einer gerechten und sicheren Krankenversorgung vorgestellt.

Das Ziel des Konzeptes der Bürgerversicherung ist es, die Zwei-Klassen-Medizin zu überwinden und alle Versicherten zum gleichen Bürgertarif zu versichern. Mit der Bürgerversicherung wollen wir ein Gesundheitssystem schaffen, in wel-

chem Patienten nach der Schwere ihrer Krankheit behandelt werden und nicht nach dem Versicherungstarif.

Die Krisen der Finanzmärkte machen die Vorteile einer Umlagefinanzierung gegenüber einer kapitalgedeckten Lösung deutlich sichtbar. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist es unverantwortbar, die Zukunft der Krankenversicherung über Jahrzehnte unsicheren Finanzmärkten zu überlassen.



v.l. Maria Klein-Schmeink (B'90/Grüne), Harald Weinberg (DIE LINKE), Heike Baehrens, Knut Lambertin (DGB), Susanne Schulz (WSI). Eigenes Bild

### ElterngeldPLUS Partnerschaftlichkeit und mehr Zeit für Familie

Beim Frauen-Frühstück am Freitag stellte Bundesministerin Schwesig ihre Pläne für eine moderne Familienpolitik vor

ElterngeldPLUS, steuerlicher Freibetrag für Kinder, Erhöhung des Kindergelds, Erhöhung des Kinderzuschlags und Verbesserungen für Alleinerziehende bilden das Maßnahmenbündel der Familienministerin für diese Legislaturperiode. Sie machte beim Frauen-Frühstück der SPD-Bundestagsfraktion deutlich, dass es ihr Ziel ist, umfassende Lösungen für die Familien in Deutschland zu finden. Diese müssen handwerklich gut gemacht und aufeinander abgestimmt werden, anstatt einzelne Maßnahmen schnell auf den Weg zu bringen.

Ziel unserer Familienpolitik ist es, die Arbeits- und Familienzeit zwischen Männern und Frauen anzugleichen. Denn 60 Prozent der Eltern kleiner Kinder wollen sich Erwerbsarbeit und Familie partnerschaftlich teilen, aber nur 14 Prozent können diesen Wunsch verwirklichen. Unsere Familienpolitik soll Vätern deshalb mehr Zeit mit ihren Kindern und eine stärkere Verantwortung für die Erziehung ermöglichen. Frauen sollen dadurch von der Erziehungs- und Familienarbeit entlastet werden, so dass sie bessere Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit bekommen.

Die Bundesministerin stellte bereits konkrete Pläne zur Weiterentwicklung von Elterngeld und Elternzeit vor. Mit dem ElterngeldPLUS wird es jetzt möglich, nach der Geburt eines Kindes früher in Teilzeit zurückzukehren, und ein anteiliges Elterngeld für 24 statt 12 Monate zu erhalten. Der neue Partnerschaftsbonus kommt noch ergänzend hinzu. Eltern, die Familie und Beruf partnerschaftlich organisieren, werden mit vier zusätzlichen ElterngeldPLUS-Monaten unter-



Bild: SPD-Landesverband Baden-Württemberg

stützt.

Mit ihrem Vorstoß macht Ministerin Schwesig einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zu neuen Arbeitszeitmodellen. Das schafft neue Gestaltungsmöglichkeiten für Familien und gibt Eltern mehr Flexibilität. Kinder, Eltern, Gesellschaft und Wirtschaft profitieren von einem gleichen Zugang der Eltern zu Erziehungs- und Erwerbsarbeit. Die Eltern werden entlastet, die Kinder freuen sich über mehr Zeit mit ihren Eltern.

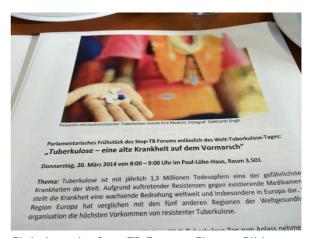
### Tuberkulose ein globales Problem

#### Tuberkulose fordert jährlich 1,3 Millionen Todesopfer weltweit

Tuberkulose (TB), in Deutschland besser bekannt als "Schwindsucht", ist eine schreckliche Krankheit. Sie befällt die Lungen und führt zum Tod, wenn sie nicht behandelt wird. Weltweit gehört TB mit 1,3 Millionen Todesopfern jährlich zu den gefährlichsten Infektionskrankheiten. Ungefähr ein Drittel der Weltbevölkerung ist mit TB-Erregern infiziert, bei etwa jeder zehnten Person bricht die Krankheit im Laufe ihres Lebens aus. Einerseits ist es ein Glück, dass TB aus der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland verschwunden ist, galt sie doch längst als besiegt. Andererseits dürfen wir die Krankheit nicht vergessen, denn TB stellt global ein wachsendes Gesundheitsproblem dar, was auch Deutschland in die Verantwortung nimmt.

Der deutsche Wissenschaftler Robert Koch entdeckte 1882 den TB-Erreger und ermöglichte damit die Diagnose und Therapie der Krankheit. Heute sind die gängigen Methoden zur Diagnose und Behandlung allerdings zum Teil veraltet. Die Behandlung ist langwierig und kompliziert, es fehlen schnelle und günstige Alternativen. Laut Weltgesundheitsorganisation wird bei mehreren Millionen Menschen weltweit daher gar nicht erst eine Diagnose gestellt, in der Folge wird nicht behandelt.

Besonders die Multiresistente-Tuberkulose (MDR-TB) ist in Europa und Afrika zunehmend weit verbreitet. Auf Grund der nochmals erschwerten Behandlungsmöglichkeiten der MDR-TB rechnet das Robert-Koch-Institut mit einer steigenden Zahl von Tuberkulosekranken auch für Deutschland.



Einladung des Stop-TB-Forums. Eigenes Bild

Mir ist wichtig, dass wir unsere Anstrengungen intensivieren, um die Krankheit und ihre Ursachen in den Griff zu bekommen. In Deutschland verfügen wir heute über modernste medizinische Forschungseinrichtungen. Wir sollten die hiesige Tradition der TB-Forschung daher wieder intensivieren. Auch sollten wir die soziale Dimension der Krankheit in den Blick nehmen: TB ist eine Armutskrankheit, deswegen ist es ein Thema der deutschen Entwicklungspolitik, aber auch ein Thema unserer Europapolitik und letztlich auch der Sozialpolitik in Deutschland selbst.

### Steuerbetrüger verfolgen

Kampf gegen Steuerbetrug wird weiter vorangetrieben. Europäische Lösung ist das Ziel

Der Kampf gegen Steuerhinterziehung im großen Stil geht weiter. Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass vor dem Gesetz alle gleich sind. Auch für Promis gilt: Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern kriminell.

Deshalb müssen wir die Verfolgung verschärfen. Es kann nicht sein, dass die Beschäftigten mit Lohn- und Verbrauchssteuern das öffentliche Leben finanzieren und den Wirtschaftsstandort am Laufen halten, während einzelne Reiche, Superreiche oder Erben großer Vermögen Steuern hinterziehen und damit das gesamte Gemeinwesen betrügen. Die öffentliche Infrastruktur braucht dringend Investitionen. Ein intaktes Gemeinwesen braucht Steuern, deshalb setzt die SPD sich dafür ein, den automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen in Europa voranzubringen. Damit wird ein wirkungsvolleres Instrument als die derzeitige Regelung durch Selbstanzeige geschaffen.



Die SPD ist treibende Kraft bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Es wird an konkreten Vorschlägen gearbeitet, wie wir auf europäischer Ebene Steueroasen bekämpfen und eine gerechte europäische Steuerpolitik umsetzen wollen.

#### Was wäre wenn ?

Mehrgenerationenhäuser sind im aktuellen Haushaltsentwurf nicht verankert. Die Familienministerin schätzt den Bedarf auf 16 Millionen Euro

Mit 27,5 Millionen Euro hinterzogenen Hoeneß-Steuern für den Bundeshauhalt...

blieben sogar noch 11,5 Millionen Euro zum für Beispiel ambulante & stationäre Pflege.

## Equal Pay Day gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss endlich Gesetz werden

Am 21. März 2014 war Equal Pay Day – Frauen müssten also bis zu diesem Tag arbeiten, um das Vorjahresgehalt der Männer zu erzielen. Die unbereinigte Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt damit wie gehabt 22 Prozent. Damit liegt Deutschland im EU-Vergleich auf einem der letzten Plätze. Auf diesen Missstand machen zahlreiche Initiativen in ganz Deutschland am Equal Pay Day aufmerksam.

Im gesellschaftlichen Bewusstsein muss sich noch viel ändern. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auf gesetzliche Maßnahmen zur Herstellung von Lohngleichheit verständigt, um Transparenz im Betrieb und in Tarifverträgen herzustellen. Ebenso braucht es verbindliche Quoten, damit Frauen zukünftig in Führungspositionen stärker vertreten sind. Diese Quoten betreffen zwar nur eine kleine Zahl an Beschäftigten, strahlen aber langfristig auf alle Ebenen der Betriebe aus. Der Rechtsanspruch für Teil-

zeitbeschäftigte zur Rückkehr in Vollzeit und die Familienarbeitszeit sind weitere wichtige Projekte für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.



Heike Baehrens und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig

#### **Heike Baehrens**



#### Termine 25. März — 6. April 2014

Dienstag, 25. März, 10:00 Uhr

Besuch des St.-Monika-Pflegeheims

Sitzungswoche

16:00 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Bürgerbüro Göppingen

Donnerstag, 3. April, 07:30 Uhr

Frühstück beim Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche Deutsch-

Montag, 31. März, bis Freitag, 4. April

lands

Donnerstag, 27. März

Girls' Day in Berlin. Teilnahme Caroline Fischer aus Göppingen

Freitag, 4. April, 19:30 Uhr

Sportkreistag in Heiningen

Samstag, 29. März

Sonderparteitag SPD-Landesverband "Kommunalpolitik und Bekämpfung des Rechtsextremismus" in Wiesloch 19:00 Uhr

Parlamentarischer Abend "Kindergesundheit—Kinderrechte—Kinderschutz" der Deutschen Akademie für Kinder und Jugendmedizin

Sonntag, 30. März, 09:00 Uhr

Sonntag der sozialen Gerechtigkeit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung









Bürgerbüro

Roth Carré Schillerplatz 10 73033 Göppingen

Tel: 07161 / 988 35 46 Fax: 07161 / 988 36 44

info@heike-baehrens.de

**Deutscher Bundestag** 

Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel: 030 / 227 74157 Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens@bundestag.de

www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/heike.baehrens